



MdB Alexander Föhr

# Bericht aus Berlin

Januar 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

eine Sitzungswoche ist fast vorbei, über die sicher noch lange geredet wird. Die Union hat, nachdem sich die linken Parteien im Bundestag in den vergangenen drei Jahren jeder wirksamen Steuerung, Ordnung und Begrenzung der Migration verweigert haben, in dieser Woche eigene Anträge eingebracht. Die Aufregung ist groß. Problematisch ist, dass die Sache dabei zu kurz kommt. Deutschland hat im vergangenen Jahrzehnt millionenfach ungesteuerte und illegale Migration zugelassen, weit über die Belastungsgrenze hinaus. Die Sicherheit

in Deutschland hat gelitten. Hieraus keinen Handlungsbedarf abzuleiten ist fahrlässig. Jetzt heizt die Restregierung die Stimmung zusätzlich an, auch um von den massiven wirtschaftlichen Problemen, die uns eine völlig verfehlte grüne Wirtschaftspolitik beschert hat, abzulenken. Mein Kommentar zum 5-Punkte-Plan der Union, einem AfD-Verbotsverfahren und meine Rede zur Lage der Sozialversicherungen finden Sie auf den folgenden Seiten.

Viel Freude beim Lesen

Ihr

*Alexander Föhr*



## **Abstimmung im Bundestag**

### **Migration ordnen und Verfassungsmäßigkeit der AfD prüfen**

Die schrecklichen Ereignisse in Solingen, in Magdeburg und zuletzt in Aschaffenburg haben uns eine neue Dimension der brutalen Gewalt im Land offenbart. Vor allem auch als Vater von drei Kindern weigere ich mich diese Taten als neue Normalität hinzunehmen. Für mich ist klar: Die aktuelle Asyl- und Migrationspolitik gefährdet die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und das Vertrauen der gesamten Gesellschaft in den Staat. Sie wird vom ganz überwiegenden Anteil der Menschen in Deutschland abgelehnt. Trotzdem hat es die Politik der letzten Jahre versäumt, die Kontrolle zurückzugewinnen. Daher übernehmen wir in dieser Woche im Parlament die Initiative für einen Politikwechsel bei der Inneren Sicherheit und für eine konsequente Begrenzung, Steuerung und Ordnung der illegalen Migration.

Am Mittwoch haben wir mit unserem Antrag „Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“ praktikable Lösungen aufgezeigt, wie sie bereits in anderen europäischen Ländern wie Dänemark, Italien und den Niederlanden erfolgreich umgesetzt werden. Es bedarf einer grundlegenden Kurskorrektur – und zwar jetzt. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger duldet keinen Aufschub. Gleichzeitig gilt: Nur wer die illegale Migration beendet, und den Rechtsstaat stärkt, entzieht endlich den Populisten ihre politische Arbeitsgrundlage.



MdB Alexander Föhr

Selbstverständlich werden wir nach der Bundestagswahl alles dafür tun, um nie wieder in eine solche Lage kommen, wie sie diese Woche im Deutschen Bundestag diskutiert wurde. Wir bedauern ausdrücklich, dass bisher alle Versuche, mit der von Olaf Scholz geführten Bundesregierung zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, gescheitert sind. In seiner Regierungserklärung hat der Bundeskanzler nicht nur jegliche Verantwortung von sich gewiesen, sondern auch erneut keinen einzigen wirksamen Lösungsvorschlag vorgelegt. Weder die SPD noch die Grünen waren in der Lage, gemeinsam mit uns die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit in Deutschland zu treffen. Unsere Demokratie gerät auch dann in Gefahr, wenn eine kleiner werdende gesellschaftliche und politische Minderheit wie SPD und Grüne die Radikalen der AfD als Werkzeug benutzt, um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung dauerhaft zu ignorieren.

Angesichts der aktuell kontroversen Diskussion und der teils wüsten Vorwürfe darf überhaupt kein Zweifel bestehen: Die Brandmauer zur AfD steht unumstößlich! Eine Zusammenarbeit mit dieser Partei ist und bleibt ausgeschlossen. Mit der AfD gab und gibt es keine Kommunikation, keine Koordination und erst recht keine Koalition. Der Unvereinbarkeitsbeschluss ist für uns Ausdruck unseres Wertefundaments. Unser Vorsitzender Friedrich Merz hat seine politische Zukunft damit verknüpft. 2025 ist nicht 1933. Wir müssen heute die Probleme der Gegenwart lösen. In der öffentlichen Debatte sollten Demokraten darauf achten, dass eine Verwendung unpassender historischer NS-Vergleiche nicht zu einer Relativierung von Deutschlands dunkelster Zeit und schlimmster Verbrechen führt.

Für eine wirksame Bekämpfung der AfD braucht es beides: Zum einen die politische Auseinandersetzung durch eine Zeitenwende in der Asyl- und Migrationspolitik. Zum anderen müssen wir aber auch bereit sein, die Mittel auszuschöpfen, die uns der Rechtsstaat und die Verfassung bieten. Nach reiflicher Überlegung und zahlreichen vertrauensvollen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis halte ich es für geboten, die Erfolgsaussichten eines Parteiverbotsverfahrens gegen die AfD prüfen zu lassen. Die jüngsten Entwicklungen in der AfD – insbesondere die Beschlüsse des Parteitags im Januar – zeigen eine fortschreitende Radikalisierung. Die Aufnahme des Begriffes der „Remigration“ ins Wahlprogramm ist ein vollkommen inakzeptabler Schlag ins Gesicht der vielen Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Land, die sich jeden Tag erfolgreich in unsere Gesellschaft einbringen und die zu uns gehören. Mit ihrer Haltung in der Europa- und Wirtschaftspolitik legt diese Partei rücksichtslos die Axt an die Sicherheit und den Wohlstand unseres Landes. Dies kann und werde ich nicht länger hinnehmen. Die AfD hat durch ihre Radikalisierung selbst den Weg für ein Verbotsverfahren geebnet. Aus diesen Gründen unterstütze ich mit voller Überzeugung den Antrag zur Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit.

Bild: Deutscher Bundestag / Thomas Köhler





## **Wirtschaftlich am Ende**

### **Keine Erholung in Sicht**

Deutschland ist in einer schweren Wirtschaftskrise. Das Bruttoinlandsprodukt ist das zweite Jahr in Folge gesunken. Die Insolvenzzahlen steigen. Es sind so viele Menschen arbeitslos, wie seit fast zehn Jahren nicht mehr – trotz der demographischen Entwicklung. Laufend kündigen Unternehmen Stellenabbau an. Der Standort Deutschland verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Die Prognosen und aktuellen Zahlen verheißen nichts Gutes. Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Habeck haben die wirtschaftliche Lage erst zu lange ignoriert, dann zu lange gestritten. Letztlich ist die Ampel auch an den Widersprüchen ihrer Haushaltshalts- und Wirtschaftspolitik gescheitert. Doch selbst heute noch reden sie die wirtschaftliche Lage entgegen allen Zahlen und Fakten schön.

Dabei ist für mich klar: Deutschland hat das Potenzial, um wirtschaftlich wieder nach vorne zu kommen. Deutschland braucht endlich eine Politik, die das Innovations- und Leistungspotenzial freisetzt und Deutschland wirtschaftlich wieder nach vorne bringt. Dafür schlagen wir eine [Agenda 2030](#) vor, mit der unser Wirtschafts- und Industriestandort wieder gestärkt, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit zu einem prioritären politischen Ziel gemacht, Bürokratie der Kampf angesagt und unsere Exportwirtschaft krisenfest gemacht wird. Diese Agenda 2030 umfasst vordringliche wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, die schrittweise Senkung der Steuerbelastung für Gewinne, die nicht ausgeschüttet werden, auf 25 Prozent und die Entlastung von Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Darüber hinaus stehen in unserer Agenda 2030 die Belohnung von Mehrarbeit, eine Fachkräfteoffensive mit einer digitalen „Work-and-Stay-Agentur“, die Rückgängigmachung des Verbrennerverbots, eine Neuausrichtung der CO2-Flottenziele, ein Innovationsfreiheitsgesetz, Gründerschutz zonen und ein modernes Forschungsdatengesetz im Mittelpunkt. Unsere Exportwirtschaft werden wir krisenfest machen, indem wir die internationale Zusammenarbeit gezielt an unseren strategischen Wirtschaftsinteressen ausrichten und pragmatische Handelsabkommen abschließen.



## Zur Lage der Sozialversicherungen

### Meine Rede im Bundestag

Im Jahr 2021 betragen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen 285 Milliarden Euro. Für das Jahr 2025 werden Ausgaben von 345 Milliarden Euro prognostiziert. Der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung liegt jetzt bei über 17 Prozent. Gefragt nach der Zufriedenheit mit der Qualität der Gesundheitsversorgung, geben jedoch gerade einmal zehn Prozent der Befragten an, sehr zufrieden zu sein. Gleichzeitig machen mehr als jedem zweiten Befragten die steigenden Beiträge zu den Sozialversicherungen sehr oder eher große Sorgen. Die Erhöhung der Pflegeversicherung zum 1. Januar dieses Jahres wird von Experten heute bereits als nicht ausreichend bewertet. 80 Prozent der Deutschen glauben nicht, dass sie durch die gesetzliche Pflegeversicherung im Bedarfsfall ausreichend finanziell abgesichert sind. Es ist für mich völlig unverständlich, wie Karl Lauterbach vor Weihnachten ein Lobeschreiben auf sich selbst und die Reste der Ampel verfassen konnte. Denn zur Wahrheit gehört, dass auch ohne das Scheitern der Ampelkoalition und die damit vorgezogenen Neuwahlen, die selbst gesteckten Ziele der Ampel nicht erreicht worden wären. Für den angekündigten grundlegenden Wandel in der Gesundheitspolitik fehlte der Koalition während der gesamten Regierungszeit die nötige Entschlossen- und Geschlossenheit.

Wirklich dramatisch ist die Situation jedoch, weil zu dem gesundheits- und finanzpolitisch planlosen Vorgehen wirtschaftspolitisches Versagen hinzukam. Denn neben strukturellen Reformen bedarf es vor allem eines, damit unser Sozialversicherungssystem funktioniert: Einer gesunden Wirtschaft. Doch während sich die Arbeitsproduktivität global erhöht, sinkt sie in Deutschland. Während die Wirtschaft global wächst, schrumpft sie in Deutschland. Unternehmen wandern ins Ausland ab, Investitionen bleiben aus, bei Forschung und Entwicklung fallen wir im europäischen Wettbewerb zurück. Die Konsequenzen, die daraus gezogen werden, sind bemerkenswert: Scholz glaubt, alles richtig gemacht zu haben und Robert Habeck will Bundeskanzler werden... Meine Rede im Bundestag finden Sie [hier](#).



## **Meine Woche im Bundestag**

### **Bericht von Alexandra Scherrer**

In dieser Woche hatte ich die Chance, im Rahmen eines Praktikums im Büro von Alexander Föhr die parlamentarische Arbeit aus nächster Nähe kennenzulernen. Als Studentin der Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft waren die Einblicke in den politischen Prozess unglaublich bereichernd. Von Anfang an war ich in Diskussionen und Strategiebesprechungen eingebunden und beteiligte mich am Verfassen von Statements, an Antworten auf Bürgeranfragen sowie an der Erstellung von Material für die sozialen Medien. Ich konnte Debatten in Arbeitsgruppen, im Gesundheitsausschuss und im Plenum beobachten.

Ich hatte hierbei großes Glück, eine besonders spannende Woche ausgewählt zu haben: Mit den unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahlen und den von der CDU vorgeschlagenen migrationspolitischen Maßnahmen konnte ich in Echtzeit wichtige Entscheidungsfindungen mitverfolgen und vieles über den demokratischen Prozess lernen. Besonders beeindruckend war für mich, die Reden im Plenum live zu verfolgen, zu analysieren und über diese dann unmittelbar danach in den Nachrichten zu lesen. Am allerbesten haben mir aber die teaminternen Diskussionen gefallen. Es war unglaublich spannend, mit Echtzeit-Updates zu den Positionen von Parteien, Umfragewerten und Statements einzelner Abgeordneter zu arbeiten sowie eine detaillierte Analyse und kritische Auseinandersetzung mit Positionen, insbesondere bezüglich der Anträge zum AfD-Verbotsverfahren, vorzunehmen.



## Termine im Wahlkreis

Eine hochspannende Sitzungswoche geht zu Ende und es geht ohne Umwege zurück in den Wahlkreis zu den nächsten Terminen.

Am Samstag toure ich wieder über die Infostände. Dieses Mal mache ich Halt in HD-Rohrbach (9 Uhr), zur Unterstützung des Bürgermeisterkandidaten Sophian Habel in Ladenburg (10 Uhr), ins Hemsbach (11 Uhr) und zum Abschluss in Weinheim (12 Uhr). Am Nachmittag haben wir ab 16 Uhr den Vorsitzenden des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft im Deutschen Bundestag, Hermann Färber MdB, in Hirschberg auf dem Obsthof Volk zu Gast. Gemeinsam diskutieren wir, wie wir unseren Landwirtinnen und Landwirten ihre Arbeit zur nachhaltigen und regionalen Versorgung erleichtern können. Kommen Sie vorbei!

Wir sind in der heißen Wahlkampfphase ankommen mit einer enorm hohen Termindichte. Daher kann ich nur einige wenige hier aufzählen: am Montag (03.02.) bin ich auf dem Bundesparteitag der CDU, am Dienstag haben wir Marc Biadacz MdB zur Sozialen Marktwirtschaft und dem Bürgergeld zu Gast in Heidelberg (18 Uhr, Zum Achter). Am Mittwoch besuche ich die Bahnhofsmission und diskutiere als Gesundheitspolitiker auf dem Wahlpodium eines Verbandes.

Ich freue mich sehr, dass wir am Donnerstag, den 6. Februar zuerst um 14 Uhr unseren Bundesvorsitzenden, Friedrich Merz, in Mannheim zu Gast haben werden (Veranstaltung ist ausgebucht) und anschließend um 16 Uhr unseren Fraktions- und Landesvorsitzenden, Manuel Hagel MdL, in Ladenburg im Kaiserkeller begrüßen dürfen. Der Eintritt ist frei. Kommen Sie gern vorbei und bringen ihre Freunde und Bekannten mit. Am Samstag stehen dann wieder Infostände zur Bundestagswahl im gesamten Wahlkreis an. Für mehr Informationen und einen Terminüberblick besuchen Sie gern meine Webseite [alexander-foehr.de](http://alexander-foehr.de).

Ich freue mich, wenn wir uns an einem dieser Termine persönlich begegnen. Bis dahin wünsche ich Ihnen allen ein schönes Wochenende!





MdB Alexander Föhr

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie in Zukunft diesen Newsletter direkt in die E-Mail eingebettet und an Bildschirm, Tablet oder Smartbeziehen angepasst erhalten möchten, melden Sie sich bitte über meine Homepage an. Über diesen [Link](#) kommen Sie direkt auf die entsprechende Seite. Geben Sie den Link auch gerne weiter!

## KONTAKT

Berliner Büro

Anschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: [alexander.foehr@bundestag.de](mailto:alexander.foehr@bundestag.de)

Telefon: 030 227 75830

Wahlkreisbüro

Anschrift: Gewerbestraße 2-4, 69221 Dossenheim

E-Mail: [alexander.foehr.wk@bundestag.de](mailto:alexander.foehr.wk@bundestag.de)

Telefon: 06221 608080